

m herrscht zurzeit
den fast unmöglich
überall steht er auf
Die Welt die Dinge
ein französischer
einer nach Italien
at erscheinen lassen,
nicht". Illustrierter
er. Mit peinlicher
der großen Stadt
arbeiter für die Nacht
dem Rüppchen zu
Kirchen, Treppen-
ge, Schmiedläge,
he, mit philosophi-
ungen bei. Und
Klimaten zu fordern
die Nummern der
den von ihm ge-
verzweifelte Hölle
des Tiber.

5. August 1921.

1 Mk.
1,40—1,50 Mk.
2,20 Mk.
80—100 Pf.
1 Mk.
80 Pf.
50—60 Pf.
1—1,50 Mk.
10—Mk.
30—50 Pf.
Mk. 12,50—13—Mk.
1,50 Mk.
7—Mk.
130—200 Mk.
5. Seite im Raum

anschaft Grimma
of.
hr im goldenen Stern
sammnung
ihung.
Vorlandes.
sicht. D. V.

nung!

ender Weise ist in
die Beobachtung
Zündhölzer in weil
dies erforderlich ist.
Vorberichtigung da-
lerungsentwurf die
höher eft. früher
1000 Pakete vor-
ach an dieser Stelle
R. 300.— erhöht
ich von Mark
Steuer jedoch in
einen Steuerjahr und
bleibt. Eine
igt einzutreten, des-
an ungesund leb-
ieder in seine ge-
zellen.

Huster, G.m.b.H.

Plätten

äftanstalt
Gartenstraße 41.

erer Ver-
gebrachten
sagen wir
n und Be-
nk.

1921.

Frau
geb. Richter.

er Kampf um
herrschaft!

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bencha, Borsdorf, Elcha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteuberg, Klinga, Nöhren, Lindhardt, Ponthen, Oberstädt, Threna u.a.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Geschäftswochenstisch 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, halbjährlich Mk. 9.—
oder Postkarte. Post einsch. der Postgedächtnisse Mk. 9,75. Im Falle höherer
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Die 8-spaltige Korpuszeile 70 Pf., auswärtige 80 Pf., Ein-
licher Teil Mk. 1,50. Anklammpreise Mk. 1,50. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erhebungstages,
größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen wegen Aufträge entgegen.
Bestellungen werden von den Ausdruckern oder in der Geschäftsstelle angenommen.



Druck und Verlag: Küng & Sohn, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Gehrau: Amt Naunhof Nr. 2.

Nummer 95

Freitag, den 12. August 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Die Ausgabe der Postkarten findet Sonnabend, den
13. Aug. 1921 im Vorraum zu den Postgeschäftsräumen,
Rathaus, Markt 1, 1 Trappe in der Zeit von 8 Uhr vor-
mittags bis 12 Uhr mittags statt.

Es wird erwartet, daß möglichst alle Karten während der
festgelegten Ausgabestunde abgeholt werden.

Naunhof, am 11. August 1921. Der Bürgermeister.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Verhandlungen in Paris bewegen sich um ein Kom-
promiß, nach welchem eine Teilung des Industriegebietes

zwischen Deutschland und Polen vorgesehen ist.

* Die Reichsregierung erarbeitet augenblicklich neue Steuer-
pläne, die einen Beitrag für die unmöglichste Erfassung der so-
genannten Schwere beitreffen.

* In Oberschlesien herrscht noch Ruhe, doch gehen die pol-
nischen Vorbereitungen für den neuen Krieg in aller Offen-
lichkeit weiter.

* Die Berliner Worte regierten auf den Verlauf der Pariser
Beratung mit einer für mächtigen Haute, von der hauptsächlich
Montanpapiere und von ihnen wiederum besonders
oberschlesische Werte Augen zogen.

* Auf dem Orient-Kriegsschauplatz ist die Kampftätigkeit er-
neut in Gang gekommen.

Schlußdienst.

Drabinnachrichten vom 11. August

Kennen nicht in Deutschland.

Berlin. Die verschiedenartig aufgetauchten Gerichte, daß
der frühere russische Ministerpräsident Kerenski in Deutschland
weite, sind unzutreffend. Kerenski hat seinen Wohnsitz in Prag
und ist von dort aus ein- oder zweimal durch Deutschland
nach Paris gereist.

Eine vierte Internationale?

Berlin. Nach dem Bericht der Berliner Kommunistischen
Arbeiterzeitung erklärte der Zentralausschuß der kommunisti-
schen Arbeiterpartei, daß der Bruch mit Moskau grundsätzlich
vollzogen sei. Die dringendste Aufgabe des revolutionären
Weltproletariats sei der Aufbau einer kommunistischen Ar-
beiterinternationale. Eine Kommission soll die Vorbereitung
zur Herstellung eines Zusammenschlusses aller in Oppo-
sition zu Moskau stehenden revolutionären Parteien und Ver-
bände leisten. Die Frage wird auf dem Partitag in Berlin
am 28. August beraten werden.

Doppelraubmord in Hamburg.

Hamburg. Der 62jährige Weinbäcker Rudolf Magnus und seine 33jährige Tochter Marie Magnus-Röder wurden mit Schüssen im Kopf tot aufgefunden. Alle Weihälfte waren
durchwühlt und alle Gold- und Wertstücken waren geraubt.
Einer der in Frage kommenden Täter ist offenbar der Heizer
Union Warschau, der die Polizeibeamten aufgefordert hatte,
nach der Wohnung der ermordeten zu kommen, vor dem Hause
aber entfliehen wollte. Bei seiner Verhaftung hatte er einen
geklauten, aber nicht abgeschossenen Revolver, 1000 Mark in
bar sowie blutbeschmierte Schmuckstücke in Menge in den Taschen
und Blutspuren an den Händen; er leugnet bis jetzt aber die
Teilnahme am Mord. Dem zweiten Täter ist man schon auf
den Spur; es ist ein Mann namens Brandt.

Ein Attentat auf Lloyd George?

Paris. Während der Sitzung des Obersten Rates er-
schien eine Gräfin am Eingang des Ministeriums und rief
zu den dort stehenden Polizeioffizieren: Geben Sie mir ein Re-
volver, damit ich Lloyd George töten kann. Die Polizei war
sich darüber im Klaren, daß die Dame sich nicht im normalen
Zustande befand.

Schluß der Konferenz am Sonnabend?

London. Neuter meldet aus Paris, daß Lloyd George
wahrscheinlich am kommenden Sonnabend nach London zu-
kehren werde, und daß die Beratungen des Obersten Rates
nicht länger als eine Woche dauern werden.

Belgische Truppenkau.

Brüssel. Der belgische Kriegsminister nahm im Truppen-
lager von Eben-Emael im Rheinland eine Truppenkau ab.

Gegene die farbigen Besatzungstruppen.

Brüssel. Der Präsident Franz van Broekhuysen hat im
Ramen der Kirchengemeinde das folgende Telegramm an den
Präsidenten Millerand nach Paris gesandt: "Die reformierte
Gemeinde, im Gotteshaus versammelt, dichtet im Namen des
gerechten Gottes, aller Mütter und Kinder sowie im Namen
von tausenden von Nachkommen der Hugenotten und im
Ramen Frankreichs und seiner Zukunft selbst, die schwarzen
Truppen aus der Rheinprovinz unverzüglich zurückzuführen."
Millerand hat nicht geantwortet.

Zwei zu eins.

Einen Schritt weiter ist der Oberste Rat am zweiten
Sitzungstag immerhin gelommen. Lloyd George hat im
Angefangen des französischen Ministerpräsidenten den Stier
bei den Hörnern gepackt und den Standpunkt der briti-
schen Regierung mit einer Offenheit dargelegt, die man
trotz allem, was schon über seine Anschauungen in der
oberschlesischen Frage bisher bekanntgeworden war, als
verblüffend bescheiden fand. Er wies auf die ungeborene

Verantwortung der Alliierten hin für den Fall, daß nach
der Entscheidung über Oberschlesien ein Konflikt entstehen
sollte. Von drei Stimmen hängt das Schicksal des Ab-
stimmungsgebietes ab: von England, von Italien, von
Frankreich. Sie stehen sich zwei zu eins gegenüber. Dar-
über ließ Lloyd George nicht den geringsten Zweifel.
Natürlich ist ihm ein Ausgleich der vorhandenen Gegensät-
ze erwünscht, aber er erklärte von vornherein, daß die
Regelung der Frage nicht auf Kosten der Mehrheit der
schlesischen Bevölkerung erfolgen könne. Er wies auf
die Geschichte Oberschlesiens hin, das zum Teil deutsch,
zum Teil österreichisch, aber niemals polnisch gewesen sei.
Wolle man jetzt aus dem Lande ein neues Elsaß-Lothringen machen? Unter 2 200 000 Einwohnern sänden sich
nur 1 200 000 Polen — man sieht aus diesen Zahlen, daß
der britische Ministerpräsident geneigt ist, Oberschlesien
nicht für sich allein, sondern als das, was es ja auch in
Wirklichkeit ist, als einen Teil ganz Schlesiens anzusehen
und zu teilen. Das britische Reich, fügte er hinzu, würde
niemals eine Lösung akzeptieren, die auf diese
Zahlen keine Rücksicht nähme.

Was also bleibt übrig, da man bisher mit Frank-
reich nicht einig geworden sei? Eine nochmalige Prüfung
durch Sachverständige, denen aber nunmehr bestimmte
Richtlinien für ihre Arbeit gegeben wurden, darunter die,
daß die Zustimmung des Landes nicht gemeindeweise,
sondern entsprechend der Mehrheit zu erfolgen habe, sie
sich herausgebildet hat, womit also der ungeduldige Unru-
hige besiegt wäre, daß ein Dorf mit vielleicht 50 oder 100
Einwohnern, weil es an sich eine Einheit bildet, in seiner
Bedeutung für das Abstimmungsergebnis so ungemein
vorstreichende Gemeinden wie z. B. Kattowitz oder Gleiwitz
oder Beuthen gleichgestellt würde. Es soll weiter aner-
kannt werden, daß das Industriegebiet als unteilbares
Ganze zu gelten habe, da es das Herz Oberschlesiens
bildet. Und auch dafür scheint den Sachverständigen be-
reits eine maßgebende Richtschnur gegeben zu sein, daß
sie dieses Industriegebiet, da es eine deutsche Mehrheit
aufweist, Deutschland zuzupreisen haben. Endlich wird
auch grundlegend die Untrennbarkeit industriell zu-
ammenhängender Gemeinden wegen ihrer wirtschaftlichen
Einheit bestimmt. Lloyd George scheint zu hoffen,
daß auf Grund dieser Anweisungen, deren Sinn im einzelnen
freilich nicht genau feststeht, und von der französi-
schen Presse vielfach abweichend gegenüber den Berichten
der englischen Presse dargestellt wird, eine annehmbare
Lösung der Frage zu finden sein werde.

Herrn Briand, dem alle diese Eröffnungen selbstver-
ständlich nichts weniger als angenehm sein konnten, suchte
er im übrigen dadurch etwas Salbe auf die Wunde zu
streichen, daß er ihm versicherte, die ganze Welt würde,
wenn Frankreich abermals ungerecht angegriffen werden
sollte, abermals auf seiner Seite stehen. Sie könnten aber
nicht zugeben, daß einer von ihnen in der Stunde des
Sieges seine Gewalt mißbraucht oder die Gerechtigkeit
verleugne, was Herr Briand seinerseits mit der Bewer-
tung zu entkräften suchte, daß es doch nun einmal Sieger
und Besiegte gäbe, und daß der Besiegte Vertrag die
Verantwortlichkeiten festgelegt habe. Im übrigen troß
er natürlich von schärfster Reaktionen wie der
französischen Haltung edelmäßig sei, daß seine Politik
keinerlei brutalen Charakter trage und ähnlich mehr.
Könnte England aber zugeben, daß die Besiegten ein be-
vorzugtes Schicksal hätten? Polen sollte doch wieder auf-
leben. Infolgedessen müsse ihm die Möglichkeit gegeben
werden, zu leben. Hätte man doch auf der Friedenskonfe-
renz sogar zuerst einstimmig den Willen gezeigt, Oberschlesien
den Polen zuzuwiesen. Diese hätten sich insofern
große Hoffnungen auf einen solchen Gebietsübertrag
gemacht, die man doch nicht zu sehr enttäuschen dürfe.
Oberschlesien deutsch? Herr Briand weiß es besser, denn
in irgendwelchen Büchern, auf die er sich beruft, wäre das
Gegenteil zu lesen. Auch darf man nicht unterscheiden
zwischen den Stimmen der Arbeiter in den Industriege-
bieten und den Stimmen der Bauern aus den landwirt-
schaftlichen Kreisen. Natürlich verfehlte er nicht, zum
Schluß seine Bereitwilligkeit zur Verständigung zu ver-
sichern, schon mit Rücksicht auf die unberechenbaren Folgen,
die entstehen würden, wenn man unverrichteter Dinge aus-
einandergehen würde.

Während nun die Sachverständigen auf neue zu-
sammenstoßen, hebt abermals das große Rätselraten der
Gesamtregierung an. Wird es auch hier wieder Sieger
und Besiegte geben? Wird man sich verständigen? Werden
die Deutschen und die Polen, wenn eine Verständigung
gelingt, dazu ihren Segen geben? Nachdem wir so viele
Monate die Ungewißheit über die Zukunft Oberschlesiens
ertragen haben, werden auch die wenigen Tage, die uns
noch von der letzten Entscheidung trennen, auszuhalten
sein. Vorsteh aber können wir immer nur wiederholen,
daß zwischen England und Frankreich der Streit anhält
niedrig lediglich nur noch um das oberschlesische Industrie-
gebiet geht, während allen Deutschen auch die landwirt-
schaftlichen Teile des Abstimmungsgebietes unendlich am
Herzen liegen. Ein Sieg der deutschen Sache steht also,
selbst wenn Lloyd George seinen Willen ungeteilt durch-
zusetzen vermöchte, keinesfalls in Aussicht.

Eine neue Teilungslinie?

Der diplomatische Berichterstatter des "Daily Chro-
nicle" meldet aus Paris: Die Sachverständigen hätten
sich bereits an die Festlegung einer neuen Grenzlinie ge-
macht, die von Norben nach Süden, statt von Ost nach
Westen verlaufe. England müsse in dem Industriegebiet
Boden an Polen überlassen und Frankreich müsse dagegen
einen Teil des ganzen unentwickelten Gebietes von Gle-
witz und Rybnik Deutschland zugestehen. Ein Punkt, der Ein-
druck gemacht habe, sei der, daß in etwa 15 Jahren das
Industriegebiet wahrscheinlich von viel weniger wirt-
schaftlichem Wert sein werde, während der nichtausge-
nutzte südliche Bezirk entsprechend im Wert steigen
werde.

Die Stimmung in Oberschlesien.

Vernünftige Polen im Kreise Tarnowiz.

In Oberschlesien erwartet alles in sieberhafter Spannung die Entscheidung des Obersten Rates. Die Stimmung der deutschen Bevölkerung ist auf das höchste erregt, aber dabei durchaus ruhig und abwartend. Die Stimmungen auf der polnischen Seite geben auseinander. Charakteristisch für die Haltung der Arbeiterschaft in dem überwiegend polnischen Teil der Grubenbezirke sind einige neue Bevölkerungswahlen in polnischen Hoch-
burgen, die einen überraschenden Erfolg für die deutsche freigewerkschaftliche Liste hatten. Zu erwähnen ist auch die Tatsache, daß alle Aufrüttungen zum Generalstreik in den letzten Tagen, besonders in dem südlichen Industriebezirk und in den Kreisen Gleiwitz und Rybnik, die von polnischer Seite neu verbreitet wurden, durchaus erfolglos geblieben sind.

Im Kreise Tarnowiz haben sogar einige polnische Führer der gemäßigten Richtung namens eines großen Teiles der polnischen Bevölkerung des Kreises Tarnowiz an den Obersten Rat einen Protest gegen die Zuteilung des Kreises Tarnowiz an Polen gerichtet. Die Besorgnisse der Polen über die Zuteilung an Polen gründen sich darauf, daß durch ein Herauslösen des Kreises Tarnowiz der mit dem gesamten Industriegebiet durch Wasserleitungen, Eisenbahnen und Starkstromleitungen unbedingt verbundene Kreis seinem wirtschaftlichen Ruhm aufge-
rieselt würde, um so mehr, als eine direkte Eisenbahnver-
bindung mit Polen fehlt.

Die neuen Zustände.

Gegenwärtig herrscht in Oberschlesien äußerlich noch
Ruhe. Trotz des allgemeinen Versammlungsverbotes
finden überall Versprechungen der Insurgentenführer und
Insurgenten statt, in denen über die Vorbereitung zur Er-
oberung Oberschlesiens gesprochen wird. Es ist damit zu
rechnen, daß die Insurgenten diesmal nicht eher los-
schlagen werden, als daß die polnische Armee in
Oberschlesien eintritt. Der bereits geplante Krieg soll
im letzten Augenblick durch dringende Vorstellungen des
englischen und italienischen Botschafters in Warschau ver-
hindert worden sein.

Einheits der Grenze wird mit Hochdruck Propaganda
für einen Krieg mit Deutschland getrieben. In
Anschlägen und öffentlichen Aufrufen wird darauf hin-
gewiesen, daß augenblicklich die Pariser Entscheidung über
Oberschlesien vorbereitet wird, die zugunsten Polens aus-
fallen müsse. Sollte dies nicht der Fall sein, so müsse
Gewalt angewendet werden, um das zu nehmen, wo-
rauf Polen einen rechtlichen Anspruch habe. Der Schluß
bildet die Aufforderung zur Eroberung und
Besetzung Oberschlesiens vom preußischen Joch. Zwei
Kompanien der polnischen Grenzwache sind von Sosnow-
ice nach Schoppin geflossen und von dort verteilt
worden. In der Umgebung von Hindenburg hielten die
Polen zusammen mit den Franzosen in der Nacht eine
große Felddiplomatie ab. Gewehrschüsse und Handgranatenexplosionen waren bis in die frühen
Morgenstunden zu hören.

Polnische Zukunftsblicken.

In einigen Orten des Kreises Tarnowiz wurden junge
Leute im Alter von 19 bis 35 Jahren durch eine besondere
Kommission, die sich größtenteils aus Kongresspolen zusammensetzte,
herausgezogen und in eine Liste eingetragen, um nach
Trafalau

begann fünfzehn Meilen nördlich von Angora. Die Türken ziehen sich zurück.

Günarid erklärte in Athen im Ministerrat, daß die Kapitulationsversorgung der Truppen in den besetzten Gebieten Kleinasiens ausgeschöpft geregelt sei. Die griechischen Verbündeten schätzten man offiziell auf 1200 Tote und 6000 Verwundete. Günarid soll ferner erklärt haben, daß Angora nur besiegt werden soll, wenn dies unabdingt nötig ist. Auf jeden Fall ist nicht die Besiegung Angoras, sondern die allgemeine Zerstörung der Reste der türkischen Streitkräfte das Ziel der griechischen Operationen. Günarid konnte noch nicht sagen, wann die Operationen ungefähr beendet sein werden.

Türkische Berichte.

Während in Smyrna sorgfältig griechische Verstärkungen eintreffen, wird aus Konstantinopel auch erhöhte Aktivität an der türkischen Front gemeldet. Kemal soll die Absicht haben, bei Angora eine Entscheidungsschlacht zu liefern.

Güddas meldet aus Angora, daß nach einer Debatte über die militärische Lage die türkischen Militärdchöfen im Einvernehmen mit der Nationalversammlung beschlossen haben, Angora zu räumen und sich nach Cäsarea zurückzuziehen. Infolgedessen werden die Nationalversammlung und die Verwaltung nach Cäsarea verlegt.

Dies Cäsarea (Kaisarje) liegt südlich von Angora, etwa in der Mitte zwischen dieser Stadt und dem Euphratstrom.

Die neutralen Alliierten.

Der griechisch-türkische Krieg ist auch auf der Konferenz zu Paris zur Sprache gekommen. Es äußerten sich hierzu, wie drücklich gemeldet wird, Marschall Hoch und der englische Oberst Heywood, der an der griechischen Front gewesen ist. Die beiden Militärsachverständigen erklärten, über das endgültige Ergebnis des türkisch-griechischen Konflikts werde man vielleicht erst nach einigen Monaten urteilen, da die endgültige Entscheidung überall hinausgeschoben werden könnte. Die Absicht der Alliierten sei, in diesem Konflikt neutral zu bleiben. Eine andere Handlungswiese sei nicht möglich, da die beiden kriegerischen Parteien bis zur Stunde einen Vermittlungsvorschlag noch nicht angenommen hätten. Die Tatsache, daß die beiden Militärs politische Erklärungen abgaben, ist merkwürdig.

Die Spanier in Marocco.

Sehr kritische Lage!

In London hat man sehr ernste Nachrichten über die Lage der Spanier in Melilla erhalten. In den letzten Tagen sind die Mauern sehr schnell vorgerückt, so daß sie bereit in Reichweite der Geschütze der Stadt stehen. Nach dem "Journal" hat Abd el Krim den spanischen Behörden mitgeteilt, daß alle in seinen Händen befindlichen Gefangenen geschlachtet würden, wenn die Spanier versuchen sollten, aus das Rif-Gebiet vorzudringen, ebenso, wenn spanische Flugzeuge maurische Dörfer bombardierten.

Von Madrid aus sucht man zu beruhigen. Angeblich rechnet man dort damit, daß in zehn Tagen 50 000 Mann in Melilla sein werden, und daß die Garnisonen Ceuta, Tetouan und Larache durch 30 000 Mann verstärkt werden. Die Austräuber, heißt es in diesen Meldungen, liefern erbitterte Kämpfe gegen die Reise der Kolonne Navarro, die ihren heldenmütigen Widerstand auf dem Berge Arribat trotz der Verluste fortsetzt.

Neueren Meldungen zufolge soll die Ministerkrise in Spanien einer Lösung nahe sein. Der König will, wie verlautet, auf den bewährten konservativen Parteiführer Maura zurückgreifen, der seit dem Jahre 1903 bereits fünfmal spanischer Ministerpräsident war.

Brennende Wirtschaftsfragen.

Steuerung und Lohnsteigerungen.

Unsere Zeit steht im Zeichen einer neuen Steigerung des Geldbedarfs in jeder Hinsicht, wobei ein Teil den anderen treibt. Von der politischen Lage nimmt diese Kette ohne Ende ihren Anfang. Die unerfüllbar hohen Ansprüche für die aus dem Ultimatum stammenden Leistungen und für die Unterhaltung der Besatzungsarmeen ziehen die ebenso unerhöht hohen Steuerlasten nach sich, diese wieder bedingen im Zusammenhang mit den steigenden Lebensmittelpreisen eine Erhöhung aller Löhne und Gehälter, wodurch wieder die Fabrikation vieler notwendiger Bedarfsartikel verteuert wird. Alles das drückt auf die Kaufkraft der Massen, und der sinkende Wert des Geldes wiederum ruft nach einem neuen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der breiten Schichten der Bevölkerung. Auf Grund dieser Überlegungen wird jetzt vom Reichsfinanzministerium angekündigt, wie man von Seiten der Regierung zu diesem Gang der wirtschaftlichen Entwicklung Stellung zu nehmen gedenkt. Das Ministerium veröffentlicht folgende Meldung:

Bei seinem Zusammentritt im September wird sich der Reichstag voraussichtlich sofort mit einer Angelegenheit von weittragender Bedeutung zu beschäftigen haben. Die Reichsregierung ist schon seit einiger Zeit in eine Prüfung der Frage eingetreten, inwieweit voraussichtlich demnächst die Bruttoperie, die Steuererhöhung oder die Ausweitung der Steuerabgabe, z. B. eine einzige Steuererhöhung von Rohöl, Gas usw., eine Steigerung der Kosten der Lebenshaltung herbeiziehen werden, und inwieweit dem bei der durch die Reparation aufs äußerste angestrahlte Finanzlage des Reiches durch eine Erhöhung der Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu begegnen ist. Da diese Frage auch für die Länder von einschneidender Bedeutung ist, wird sie nicht ohne Berechnen mit den Landesregierungen bereitgestellt werden können. Es ist zu erwarten, daß schon in kurzer Zeit die erforderlichen Verhandlungen beginnen werden, so daß dem Reichstag nach den Ferien bereits feste Vorschläge unterbreitet werden können.

Weitere Steuerpläne.

Auch das Steueryprogramm der Regierung, dessen erster Teil fürzlich in Gestalt von 15 neuen Vorlagen bekanntgegeben wurde, bedarf noch der Ergänzung. Die Beratungen darüber, wie eine Erhöhung der Sagewerte über die laufende Vermögenssteuer hinaus möglich ist, dauern noch fort. Es soll jetzt ein besonderer Komittee gebildet werden im Rahmen des ordentlichen Haushaltsworanschlags eingesetzt werden. Beijustiert wird er mit 42 bis 50 Milliarden Mark. Eine weitere Vermehrung der Ausgaben ist von den bevorstehenden Lohn- und Gehaltserhöhungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter zu erwarten. Die Reichsregierung beabsichtigt in dieser Frage die Initiative zu ergreifen und sich schon in den nächsten Tagen mit den Parteien darüber ins Vernehmen zu setzen.

Der gesamte öffentliche Finanzbedarf des Reiches wird sich, wenn man von den Balancenschwankungen einmal absieht, auf ungefähr 120 bis 130 Milliarden Mark beziehen. Davor sind bisher etwas mehr als 50 Milliarden Mark durch Einnahmen gebedt. Die Mehrheit des Kabinetts

mit dem Reichskanzler an der Spitze in der Ansicht, daß eine Erhöhung der Sagewerte durch hypothekarische Belastung des landwirtschaftlichen und städtischen Grundbesitzes und durch eine direkte Beteiligung des Reiches an den Industrieunternehmungen schon allein an den politischen Machtverhältnissen scheitern würde. Aber darüber hinaus seien auch die praktischen Schwierigkeiten, wenn man an die Verwirklichung dieses Gedankens denkt, so groß, daß das Problem, zurzeit wenigstens, unlösbar erscheine. Dagegen besteht die Regierung dabei an einer Kapitalisierung des Körperschaftsteuer, die der Vorlage nach von 10 auf 30 Prozent erhöht werden soll und nicht bloß den ausgeschöpften, sondern den Gewinn überhaupt neuwertig heranziehen will. Die Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung usw. könnten nach diesem Planen Genussscheine ausschreiben, die gewissermaßen einen Wechsel auf eine Reichsbeteiligung darstellen. Auf diese Genussscheine der Gesellschaften könnten das Reich oder seine Finanzorgane Generalpapiere ausgeben oder die Genussscheine selbst auf den Markt werben, um noch größere Beträge dem Reich zu zuführen. Die Beratungen über diese Fragen sind noch im Gange. Ferner erwägt man die Möglichkeit, die sämtlichen Besitzer des Produktionskapitals (nicht des Rentnerkapitals), auch alle Kreditinstitute, Gewerkschaften, Sparkassen, Banken usw. durch eine Zwangsabgabe

den Reparationsverpflichtungen dienstbar zu machen. Auch das sieht das Kabinett als eine Vertilgung des Reiches an den Sagewerten an. Das Währungsproblem hofft man zu Beginn des neuen Jahres in Angriff nehmen zu können, um damit dann die große Finanzreform zum Abschluß zu bringen. Es sei jedoch nochmal betont, daß es sich bei allen diesen Plänen noch nicht um endgültige Beschlüsse handelt.

Kapitalverkehrs- und Umsatzsteuer.

Einzelheiten aus den neuen Entwürfen.

Über den Inhalt der Entwürfe zum Kapitalverkehrssteuergesetz und zum Umsatzsteuergesetz wissen Berliner Blätter eine Reihe Einzelheiten mitzuteilen, die über die amtlichen Bekanntmachungen hinausgehen. Daraus sei folgendes hervorgehoben:

Bei der Gesellschaftsteuer bleiben Steuerfrei: Gesellschaften unter Beteiligung des Reiches, eines Landes, einer Gemeinde, wenn Verlehr- und Siedlungszweck Gegenstand des Unternehmens sind, ferner gemeinnützige Gesellschaften, Krankenanstalten, Berufsgenossenschaften mit gleicher Beitragspflicht, die Fortsetzung einer Erwerbsgesellschaft mit Erben eines Gesellschafters, die Überlassung der Rechte an Erwerbsgesellschaften, an Abkömmlinge, Eltern usw. des Überlassenden. Bei 6. m. d. S. fällt ihr Stammpapier 50 000 Mark nicht übersteigt, gilt ein Steuerfach von nur 3 Prozent. Im Falle kommen die bisher den Gewerkschaften gegenüber den A.G. eingeräumten Vergünstigungen (für jeden Ausgabehinweis ein Scheck von 5 Mark, Steuerfreiheit der zur Deckung von Betriebsverlusten dienenden Zubuhren). Auch die Kolonialgesellschaften werden den A.G. gleichgestellt, dagegen sind die Vergünstigungen der Reichsbank aufrechterhalten.

Die Wertpapiersteuer beträgt für je 100 Mark des Nennbetrages bei inländischen Pfandbriefen, Gemeinde- und Eisenbahnbilanzen 0,50 Mark (wie bisher), für Schulverschreibungen ausländischer Staaten und Gemeinden 2 Mark, für ausländische Aktien, Ringe und Genussscheine 7 Mark. Die in ausländischer Währung ausgedrückten Beträge werden nach den in der Wechselskala geltenden Vorrichten jeweils umgerechnet.

Der Entwurf der Börsenumsatzsteuer unterscheidet Händler, Kunden- und Privatgeschäfte. Die Steuer beträgt, in der Reihefolge dieser Geschäfte, für je 1000 Mark: bei Kriegsbilanzen des Reiches 10, 20 und 50 Pfennig, bei den übrigen Schulverschreibungen und denen der Länder 20 Pfennig, 40 Pfennig und 1 Mark, bei Anteilen der Gemeinden, ins. Grundkredit- und Hypothekenbanken usw. 30 Pfennig, 60 Pfennig und 1,50 Mark, bei Aktien in- und ausländ. Gesellschaften, Anteilen, Genussscheinen und Bezugsrechten 1 Mark 6 Mark, 12 Mark, bei ausländ. Banknoten usw. 20 Pfennig, 5 Mark, bei ausländ. Zahlungsmitteln 1 Mark 6 Pfennig, 1 Mark, 2 Mark, bei Waren 40, 40 und 40 Pfennig. Die Reichsregierung kann Ermäßigungen eintreten lassen.

Der Gewerbeaufschaffungssteuer unterliegen in der Hauptfläche: Veräußerung des Zubehör von Gründstücken, Veräußerung gewerblicher Schupredste und ganzer Geschäfte. Die Steuer beträgt 4 Prozent des Wertes des Gegenstandes zur Zeit der Erteilung der Steuerabgabe und ist höher als die allgemeine Umfaßsteuer festgesetzt.

Nach der Ertragberechnung werden Nebenterlöge erwartet: aus der Gesellschaftsteuer rund 162 Millionen, Wertpapiersteuer 68 Millionen, Börsenumsatzsteuer 532 Millionen, Gewerbeaufschaffungssteuer 119 Millionen, insgesamt 881,4 Millionen.

Das neue Umsatzsteuergesetz läßt die Einfuhr wie bisher steuerfrei, bestimmt die bisherige Besteuerung aller ersten Umsätze nach der Einfuhr und unterstellt auch die Lieferung in das Ausland der Steuer, ausgenommen diejenigen Lieferungen, die nicht der Fabrikant selbst ins Ausland vornimmt, sondern die durch den Ausfuhrhändler (Exporthändler) erfolgen. Das bisherige Vergütungsstufen wird nur aufrechterhalten, soweit es sich um Zurückgegenstände handelt; vergütet wird der Unterschied zwischen der allgemeinen Umsatz- und der Zugsteuer. Durch diese Neuerungen sollen 170 Milliarden Umsätze mehr erfaßt werden. Vorgesehen ist eine Erweiterung der jetzt auf Bergfabrikate befrankten Zugsteuerliste durch Einbeziehung von Halbfertigzeugen. Der Gesamtanteil der neuen Umsatzsteuer wird auf rund 25 Milliarden Mark im Höchstfalle bei 825 Milliarden Gesamtumsägen veranschlagt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Vertrag des bayerischen Landtages.

Der bayerische Landtag hat sich bis Mitte Oktober veragt. In seiner Schlussansprache gedachte Präsident Königsbauer auch der bevorstehenden Entscheidung über Oberschlesien. Er führte unter Zustimmung des Hauses aus, wenn der Oberste Rat der Entente die Selbstbestimmung der Völker achtet, der Völkerversöhnung dienen und einen wirtschaftlichen Frieden von Bestand anstreben wolle, so müsse er die warnende Stimme des oberösterreichischen Volkes achtet und der Reichsregierung glauben, daß Deutschland ohne Oberschlesien nicht leben und seinen übernommenen Verpflichtungen nicht nachkommen könne. Die deutschen Gewerkschaften.

Wie der "Gewerksverein", das Zentralorgan des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften (D.G.) mitteilt, ist die Mitgliederzahl im Jahre 1920 auf 224 998 gestiegen, was ist gegenüber 1919 eine Zunahme von 36 167. Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt insgesamt 22 363, die Zahl der Ortsvereine ist von 1728 auf 1869 gestiegen. Gegenüber rund 5% Millionen im Jahre 1919 beliefen sich die Gesamteinnahmen im Jahre 1920 auf 12% Millionen Mark. Die Gesamtausgaben sind von 5% auf 9% Millionen Mark gestiegen, sind also hinter den Einnahmen um rund 3 Millionen zurückgeblieben.

Die Rheinlandkommission hat dem Reichskommissar eine Entschuldigung mitgeteilt, wonach sie beschlossen hat,

nicht mehr zugelassen, daß die deutschen Gerichte über Wasserstraßenflaggen gegen Verbündeten entscheiden, die zu den alliierten Armeen oder zur Interalliierten Rheinlandkommission gehören. Die Rheinlandkommission ist der Ansicht, daß der Kläger seine Klage vor dem nationalen Gericht des Bestragten einbringen muß. Das damit eine schwere Verachtung der deutschen Klägerinnen verbunden ist, bedarf keines besonderen Beweises.

Schweiz.

Der internationale Metallarbeiterkongress beschäftigte sich mit dem Bericht des Sekretärs Dr. Bern. Danach gehörten dem Internationalen Verband achtzehn Länder mit 43 Landesverbänden und 4 600 000 Mitgliedern an. Besonders zu erwähnen sei der Beitrag einer der größten amerikanischen Organisationen mit 350 000 Mitgliedern. Auf dem Kongress ist Deutschland durch zwölf Delegierte vertreten.

Italien.

Die inneren Unruhen. Verschleppte Blätter berichten über eine Reihe von Zusammenstößen zwischen faschistischen und kommunistischen in Turin, wo es einen Toten und 15 Verwundete gab, sowie an verschiedenen anderen Orten in den Provinzen Modena, Parma und Mantua.

Aus Italien und Italien.

Wiesbaden. Der deutsche Polizeikommissar Nelsford wurde ohne Angabe von Gründen von den Franzosen verhaftet und nach Mainz transportiert.

Boris. Der "Marin" verbreitet aus Athen das abenteuerliche Gerücht, der frühere Zar Ferdinand von Bulgarien habe versucht, in Bulgarien einzudringen und die augenblickliche Regierung zu stürzen. Die Behörde hätte ihn aber gezwungen, einzelnen Bildern zu verlassen. Das davon nichts Seines sei, geht schon daraus hervor, daß der frühere Zar soeben erst dem Präsidenten des Prinzen Mag von Sachsen in Culda beigekehrt hat.

Lissabon. Der portugiesische Handelsminister ist zurückgetreten.

Die Hilfe für Russland.

Politische Wirkungen der Not.

Die Nachrichten aus Russland lauten nach wie vor erschütternd. Nach bolschewistischen Blättern würden die russischen Eisenbahnen, die den Verkehr mit dem Donaugebiet unterhalten und die Ukraine mit Zentralrussland verbinden, am 25. Juli nur noch für drei Tage stillgelegt werden. Um eine Katastrophe zu verhindern, wurde alles vorhandene Brennmaterial beschlagnahmt und der an sich schon sehr eingeschränkte Eisenbahnverkehr weiter eingeschränkt, was die Lage im Hungergebiet verschärft. Auch die Kohlenindustrie im Donaugebiet wird von Verkehrsbeschränkungen betroffen, so daß durch die Zufuhr von Lebensmitteln für die Grubenarbeiter erschwert wird.

Aus zuverlässiger Quelle wird mitgeteilt, daß bis Ende Juli gegen 130 000 Personen an Cholera gestorben sind.

Sowjetbeschlüsse.

In Moskau handelt eine Sitzung des Sowjetrates unter Zonen zur Bekämpfung des Hungers und der Cholera statt. Unter anderem wurde beschlossen, die erhöhten Vergütungsportionen für Angestellte und Spezialisten aufzuhören. Trotzdem darf nur 14 Pfund auf drei Tage verbraucht werden. Sämtliche Getreidevorräte der Bauern jener Gouvernements, die nicht von Winternot betroffen sind, sind zu regulieren.

Ferner wird allen Bewohnern der Siedlerverstädten Zonen bei Todesstrafe verboten, jene Zonen zu überschreiten. Bezuglich der Auslandspolitik verlautet, daß die Sowjetregierung gegen alle Staaten, die das hungernende Russland mit Lebensmitteln versorgen, einen radikalen Wechsel ihrer Politik vornehmen wird.

Das letztere wäre allerdings sehr zu hoffen. Es geht nicht an, daß die Bolschewisten forschen, die Existenz der selbst schwer leidenden Völker zu untergraben, die von ihren sogen. Ernährungsmitteln ihnen noch möglichst viel abgeben sollen!

Das Rote Kreuz.

Der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Ador, hat das deutsche Rote Kreuz eingeladen, an einer Konferenz in Genf, am 15. August, teilzunehmen. Auf dieser Konferenz soll die Frage einer internationalen Rotkreuzhilfe für Russland beraten werden. Der Präsident des deutschen Roten Kreuzes, Landesdirektor Dr. Winterfeldt, hat geantwortet, daß das deutsche Rote Kreuz der Einladung entsprechen werde. Das deutsche Rote Kreuz steht auf dem Standpunkt, daß angehört der Größe des russischen Problems nur auf breiterer internationalem Basis dem notleidenden Russland wirksame Hilfe gebracht werden könne. Die bereits eingesetzte Hilfsaktion des deutschen Roten Kreuzes auf sanitärem Gebiete wird hierdurch nicht berührt.

Die Abrüstungskonferenz.

Japan und Amerika.

Laute "Ergänzung" stehen für die Tagessitzung der Washingtoner Abrüstungskonferenz folgende Richtlinien fest: 1. Anerkennung der offenen Tür im fernen Osten und am Stillen Ozean; 2. Aufrechterhaltung der politischen und territorialen Unabhängigkeit Chinas; 3. Unabhängigkeit Russlands, besonders Sibirien. Hierzu sagt Oberst House in einem Telegramm an Philadelphia Public Ledger: "Es bestehen viele Fragen, welche Schwierigkeiten zwischen Amerika und Japan herbeiführen können. Es wäre aber, wenn diese verhindert werden, ein Krieg verhindert." Ich hoffe, daß die Konferenz auch Russland, Deutschland und den nahen Osten in die Sphäre ihrer Tätigkeit aufnehmen werde. Ist es auch nicht möglich, jetzt schon einen praktischen Erfolg da zu erzielen, so wäre eine vorläufige Regelung demnach von größter Wichtigkeit."

Was der amerikanische Oberst sich bei der Einberufung Deutschlands in die Tätigkeit der Abrüstungskonferenz denkt, sollte er erst noch ein wenig erklären. Deutschland hat, soviel wir wissen, genügend abgerüstet, und wäre gewiß dankbar, wenn man es endlich in Ruhe ließe. Was die Amerikaner und die Japaner mit einander abzumachen haben, geht uns überhaupt nichts an, und selbst wenn wir wollten, wären wir nicht in der Lage, Interesse an der Sache zu begeistern.

Rabbinatsschweiz in Japan?

Noch japanischen Zeitungsmeldungen kann Japans Teilnahme an der Washingtoner Konferenz einen Rabbinatsschweiz zur Folge haben. Der Ministerpräsident Haru lehnt die Verantwortung ab, welche durch Japan Teilnahme an der Konferenz der Regierungspolitik zugeschrieben werden. Als einziger Ausweg könnte nur ein Koalitionskabinett gefunden werden,

die internationale Sammata, ein Hansa, wird in Hansa genannt.

<

Der alle Schwierigkeiten über Arbeitsbauer und Arbeitshilfes-
dingungen vor einem Zentralrat gebracht werden müssen.
Die Regelung gilt bis Januar 1923. Das ist also ein
Waffenstillstand in der Industrie für zwei Jahre.

Nah und Fern.

O Reichswehr und Bürglern. Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: Bei dem Zusammenstoß zwischen "Reichs-
wehr" und Bürglern in Münster i. W. handelt es sich um Aus-
schreitungen von drei Reichswehrangehörigen gegen Bürglern. Eine Patrouille der Schupo und eine Pa-
touille der Reichswehr griffen zum Schutz der Bürglern ein. Hierbei wurde ein Reichswehrsoldat verletzt, jedoch keine Bürglerin.

O Unfreiwilliger Aufenthalt auf einem Linien Schiff. Das aus der Kölner Reede ankommende Linien Schiff "Han-
nover" war Ziel zahlreicher Kurgäste. Als plötzlich ein Sturm austram, konnten die nach Stunden zährenden Fremden nicht so schnell abgebootet werden; es blieben 64 Damen, Herren und Kinder an Bord. Der unfrei-
willige Aufenthalt währt zwei Nächte und einen Tag, bis sich der Sturm so weit gelegt hat, daß die Gäste an Land geschafft werden können.

O Bergbrand auf dem Hohenstaufen. Wie man aus München meldet, ist der große Bergbrand auf dem Hohenstaufen bei Bad Reichenhall neuerdings zum Aus-
bruch gekommen und hat wieder einen großen Umsang angenommen. Der Berg brennt an fünf Stellen. Das Feuer ist um 600 bis 700 Meter in die Höhe gegangen.

O Todessturz vom Grohglockner. Die letzten Tage haben wieder neue Opfer in den Bergen gefordert. So stürzte beim Aufstieg auf den Grohglockner der Kaufmann Heinz Loeder aus Breslau tödlich ab. Er war mit einem Freunde durch das Leiterlatt gewandert, hatte sich dann aber von seinem Begleiter getrennt. Obwohl sofort eine Rettungsexpedition ausgefannt wurde, konnte die Leiche des Verunglücks noch nicht geborgen werden.

O Auf der Elbe gefeuert. Auf der Elbe bei Altenwerder feierte ein Segelboot. Von den sechs Insassen (vier Herren, zwei Damen) konnte nur einer gerettet werden, die anderen fünf ertranken.

O Siebendrama. In Prag hat der jugendliche Schauspieler Diez auf seinen Kollegen, den Schauspieler Hörliger, dem er in einem Hotelzimmer in Gesellschaft seiner Braut, der Schauspielerin Gedke, angelotet hatte, einen Schuß abgegeben, und hierauf die Waffe gegen sich selbst gerichtet. Beide Schauspieler wurden mit schweren Ver-
letzungen in das Spital gebracht.

O Ungarische Steuerbefreiungen. Auf dem Karmplatz

in Wien erschien bei zwei Budapester Sportleuten plötzlich ein Steuerbeamter, um von ihnen eine Sicherstellung in Höhe von 400 Millionen Kronen zu verlangen. Es handelt sich um rückständige Steuern und Steuerstrafen. Die beiden Sportleute haben die Flucht ergriffen.

O Auf eine Mine gesunken. Die Besatzung eines schwedischen Fischereifahrers, der in Christiania angekommen ist, teilte mit, sie habe vor 14 Tagen beobachtet, wie ein deutscher Trawler (Schleppschiff) in der Nordsee auf eine Mine gesunken und in die Luft explodiert sei.

O Die tägliche Brandchronik. Zwischen Gleiwitz und Wełkowice wütete großer Waldbrände. Das deutsche Dorf Demblin wurde jetzt zum zweitenmal von einer Feuerbrunst betroffen, ein dritter Brand ist von polnischen Elementen angestiftet. Man vermutet Nachalte. — In Remmingen entstand im Anwesen des Kaufmanns Kerler infolge einer Benzinexplosion ein Brand, der acht Hühner zerstörte. 60 Personen sind obdachlos.

O Eine Entelin Eichendorffs gestorben. Nach langem schwerem Leid starb am 7. d. M. die Entlein des Benediktinerinnenklosters auf der Fraueninsel im Chiemsee, Hedwig, Tochter von Eichendorff. Sie war eine Entelin des Dichters Joseph Freiherr v. Eichendorff.

O Aufruhe in einem österreichischen Buchhaus. Wiener Blätter zufolge brach in der Strafanstalt Stein an der Donau wegen Erbitterung der Straflinge über Disziplinarverfügungen eine Revolte aus. Die Straflinge zerstörten Einrichtungsgegenstände und richteten einen Schaden im Gesamtwerte von einer Million an. Schließlich griff Reichswehr ein, die gezwungen waren, auf die Straflinge zu schießen. Vier von ihnen wurden getötet und mehrere verwundet.

O Straßenbahner und Silberschmuggler. Die dänische Polizei ist einer umfangreichen Silberschmuggelfärbre auf die Spur gekommen. Drei Personen haben seit einem halben Jahr täglich mehr als dreitausend Kronen Silbermünzen von Dänemark nach Schweden hinausgeschmuggelt. Sie standen mit den Schaffnern der Kopenhagener Straßenbahnen in Verbindung, die täglich ihre Silbererinnahmen bei den Schmugglern gegen Papiergeld umtauschten, und dafür eine Provision von 5 Prozent erhielten. Wie die dänische Untersuchung ergab, sind fast sämtliche Kopenhagener Straßenbahnhäfner in die Schmuggelangelegenheit verwickelt. Die drei Silberschmuggler wurden verhaftet.

O Deutliche Straßennamen in Temeswar. Der rumänische Innensenator hat gestattet, daß eine Reihe von Straßennamen in Temeswar, die rumänisiert worden waren, verdeutscht werden soll. Vor dem Zusammenbruch waren sie magyarisch. So wird es fortan in der Haupt-

stadt des Banats eine Adam-Müller-Guttentrons- und eine Renaustraße geben. Andere Gassen wurden nach verdienten schwäbischen Bürgern der Stadt benannt.

O Transatlantikflüge zwischen Spanien und Südamerika. In Madrid ist eine deutsche technische Kommission eingetroffen, um die Frage der Errichtung von Zeppelinluftschiffhallen zu prüfen. Zwischen Spanien und Buenos Aires sollen transatlantische Flüge vorgenommen werden. Die Luftschiffe sollen die Reise von Europa nach Südamerika in vier Tagen zurücklegen und den Grund zu einem regen Verkehr zwischen beiden Kontinenten legen.

O Ein neuer Stern? Eine aus Cambridge (Amerika) an die Zentralstelle für astronomischen Nachrichtendienst in Brüssel gerichtete Depesche meldet, daß am 7. August bei Sonnenuntergang mit blohem Auge ein Stern beobachtet werden könnte, der in seinem Glanze der Venus gleich war und südöstlich der Sonne stand; es handelt sich wahrscheinlich um einen Kometen oder einen neuen Stern.

*** Schlafverlehr mit Petersburg.** Der regelmäßige Dampferdienst Antwerpen-Petersburg soll am 24. August wieder aufgenommen werden.

O Die Fahrtkontrolle im polnischen Korridor. Nach Mitteilung der polnischen Regierung tritt eine Änderung in der Art der Fahrtkontrolle beim Durchqueren des polnischen Korridors ein, und zwar bei den Schnellzügen P 101 von Danzig nach Lauenburg und P 102 von Lauenburg nach Danzig. Die Überprüfung der Reisedokumente wird nicht auf der Station Neustadt, sondern im Zuge stattfinden. Auf der Weiterfahrt hält der Zug erst auf dem Gebiet der freien Stadt Danzig. Die neue Art der Kontrolle tritt am 15. August d. J. ins Leben.

O Wichtig für Danzigerfahrer. Die polnischen Konzessionen in Deutschland versuchen immer wieder den Anschein zu erwecken, als sei zur Einreise nach Danzig ein polnischer Sichtvermerk erforderlich. Die Reisenden, die sich durch den Korridor nach Danzig begeben, benötigen nur einen sogenannten Durchreisesichtvermerk für die Fahrt durch den Korridor. Der Unterschied zwischen beiden besteht lediglich im Preise. Der Durchreisesichtvermerk kostet 10 Mark, während sich das polnische Konsulat für den Auslandsichtvermerk 200 Mark bezahlen läßt.

Richterndenrichtungen.

Dom. XII. p. Tr.

Vorm. 1/10 Uhr: Gottesdienst mit Predigtzeit.

— Redaktion: Robert Götz. Druck und Verlag Götz & Sohn in Naunhof —

Mühle Lindhardt.

Hente abend

Konzert, Feuerwerk und Ball.

Turnverein Naunhof.

D. T.

1884.

Einladung zum 37. Stiftungs-Fest verbunden mit

Schau- und Werbeturnen auf dem eigenen Turnplatz an der Klingenerstraße am 14. August 1921.

Programm:

1-1½ Uhr: Empfang d. auswärt. Vereine und Stellen der Turnerinnen, Turner u. Kinderabteilg. am Ratskeller. Einholen d. Fahne und Abmarsch nach dem Turnplatz.
3 Uhr: Beginn des Turnens (Freilübungen, Geräteturnen, Spielen).
4½ Uhr: Allgemeine Freilübungen vom 4ten Sächsischen Kreisturnfest.
Ausführliche Programme am Festplatz lösen und sichtbar tragen.

Von 7 Uhr ab **Festball** im Ratskeller.
Die verehrliche Einwohnerschaft Naunhofs, sowie alle Freunde und Gönner von Turnen, Sport u. Spiel werden hiermit herzlichst zum Besuch des Festes eingeladen.
Der Turnrat.

Zum Waschen u. Plättern

Wäsche aller Art liefert schnell und sauber

Landwäsche und Plättanstalt „Edelweiss“

Filiale Naunhof: Gartenstraße 41.

Zukunft.

Glück, Reichtum, Eheleben, Charakter wird nach Astrologie (Sterndeutung) berechnet. Nur Geburtsdatum und Schrift einsenden. Viele Dankesbriefe aufzuweisen.
Dierl, Hannover,
Feldstr. 2, III.

Wannenbäder

gibt es jederzeit außer Sonntags. Schloßmühle.

Ein Herrenrad
zu verkaufen
Grimmaerstraße 4.

Lagerräume

mit oder ohne Wohnung zu kaufen oder zu mieten gesucht.

Offeren an

Fr. Helmhardt,
Grimma, Kreuzstraße 25.

1 Welfziege

1 Bettstelle mit Matratze,

1 Waschtisch

1 Krankentisch
zu verkaufen.

1 Fuhrer Wist
zu abzuholen
Langenstraße 21.

LICHTSPIELE NAUNHOF.

Achtung!

Ab Freitag den 12. bis mit Montag, den 15. August
Eines der größten Deutschen Filmwerke!

Eine historische Begebenheit in 7 gewalt. Akten von: Gabriele D'Annunzio. Sieh. Beschreibung.

Dies. Film wurde überall mit kolossalem Beifall vor ausverkauften Häusern vorgeführt.



Infolge der kolossal Länge dieses Films an jedem Abend nur einmalige Vorführung.

Einlaß:
1/8 Uhr.

Anfang:
punkt 8 Uhr.

Inzwischen feines Konzert.

Ausserst vorteilhaftes Angebot!

Nur ausserwählt gute Waren zu bedeutend herabgesetzten Preisen!

Bettwäsche, Handtücher, Wäschestoffe, Inlettis usw., Kleider- und Blusenstoffe und verwandte Artikel.

Frau S. Dietrich, Wurzenerstr. 53.

Äpfel und Birnen

büllig zu verkaufen
Erdmannsdahn frühere Windmühle.

Frische Pöklinge

1 Pfund 6.— Mk.
empfiehlt Kurt Wendl.

1 Bettstelle mit Matratze,

1 Federbett,

1 Tisch, 3 Stühle,

1 Koffer,

Kochtöpfe usw.

wegen Übereile sofort zu verkaufen.

Reistergeschäft

wird eingerichtet. Laden nicht nötig. Erforderlich 3-5 Tausend Mk. Geiß. Offeren unter

D. J. 4437 an Rudolf Kosse, Dresden.

Sind Sie schon Leser des Buchromans.

100% Dividende

zahlen wir nach 6 Wochen abzüglich 2 Proz. Einzahlungen von 250,- an werden täglich entgegenommen.

„Hannibal-Konzern“,

Generalvertreter L. Fuchs, Leipzig, Kurzinsstraße 19, II.
Telefon 3781. Bürostunden 10-4 Uhr.

Männergesangverein Singestunde

heute abend plötzlich im Stern bei der Perle. Caruso singt. Verche trillert. Junfer sangt. Geppel jobelt. Alter, Tulpe, Lumpo ist da. Zahlr. Frei. w. Nähezahl.

Riege Einigkeit.

Sonnabend plötzlich 8 Uhr Versammlung bei Adler. D. V.

Bienenzüchter-Verein

Naunhof und Umgegend. Sonntag, den 14. August 4 Uhr Versammlung im Rothenburger-Eck. D. V.

Vollmilch

gibt ab Schreiber, Bahngasse 2. Mehrere Uhren

Gäserippen

hat abzugeben Ströller, Oskarstraße.

Lästige Haare

Damen-Büste entfernt schmerzlos Pulver „Odin“. Zu haben bei Otto Hackelberg, Drog.

Albrechtsbuch
Dieses Bl

Nummer 9

Br

Salzige Erdöl
des Bezirksauschus
fertiggestellt:

475 g Schw

1900 g Schw

70 g Weiß

300 g Weiß

Diese Preise für

Streichungsmi

mehr verwendet w

Zuwiderhandlung

Regelung des Ver

gelehrten Strafes

Geldstrafe bis zu 5

Grimma, 12.

Der Ve

In der gest

gemeinderates ist

1. Das Ges

um Errichtung ei

wurde bedingungs